

Sehr geehrter Herr Geyer,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Dr. Wieck,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir über die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands sprechen, richten sich die Blicke meist auf die Streitkräfte: auf Fähigkeiten, auf Material, auf die Soldatinnen und Soldaten.

Doch jede starke Truppe braucht vor allem Eines:
ein tragfähiges Fundament.

Dieses Fundament ist die Bundeswehrverwaltung.

In der Bundeswehr ist nach Artikel 87b des Grundgesetzes die Bundeswehrverwaltung für das Personal und die „Deckung des Sachbedarfs“ zuständig. Es gibt daher die zivilen Bundesämter für das Personalwesen der Bundeswehr in Köln, für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung (oft auch Beschaffungsamt genannt) in Koblenz sowie für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen in Bonn.

Die Bundeswehrverwaltung ist bewusst **nicht Teil der Armee**, sondern der zivile Unterbau, auf dem militärische Handlungsfähigkeit erst entstehen kann. Sie beschafft das Material, sie gewinnt das Personal, sie organisiert die Unterkunft und Versorgung – kurzum, sie schafft die Voraussetzungen, damit die Streitkräfte ihren Auftrag erfüllen können.

Die aktuelle politische Entwicklung zeigt die Bedeutung dieses Fundaments sehr deutlich. Mit dem Wehrdienst-Modernisierungsgesetz hat der Bundestag am 5. Dezember die gesetzliche Grundlage für den personellen Aufwuchs geschaffen. Bereits ab Januar 2026 werden Fragebögen versandt und ab Mitte 2027 soll die flächendeckende Musterung von jungen Männern erfolgen.

Das wäre **nicht** zu leisten, hätte die Bundeswehrverwaltung – insbesondere das Bundesamt für das Personalmanagement – nicht bereits Monate vor dieser Entscheidung damit begonnen, die neue Wehersatzorganisation vorzubereiten. Denn nach der Aussetzung der Wehrpflicht war dieser Bereich vollständig abgeschafft. Der Aufwuchs der Streitkräfte wird daher auch mit einem Aufgabenzuwachs in der Bundeswehrverwaltung und einem Bedarf an ca. 1400 neuen zivilen Stellen verbunden sein.

Der Personalaufwuchs ist für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr notwendig. Ebenso notwendig ist jedoch der Aufwuchs in die richtigen militärischen Strukturen. Die Forderungen der NATO, aus denen die entsprechenden Divisionen und Brigaden abgeleitet werden können, sind schon länger bekannt. Insofern war es nach Auffassung des VBB höchste Zeit, als Bundesminister Pistorius auf der Bundeswehrtagung am 7. November 2025 die Weisung zur Erarbeitung eines Aufwuchsplans für die aktive Truppe bis Ostern 2026 verkündet hat.

Gleichzeitig wissen wir:

Heute arbeiten zig **Tausende Soldatinnen und Soldaten in der Verwaltung**, oftmals ohne

eine entsprechende Ausbildung. Sie haben eine aufwändige militärische Ausbildung erhalten und fehlen in der Truppe. Sie leiten sogar zivile Dienststellen. Denken wir einmal anders herum: Niemand würde auf die Idee kommen, einen Beamten eine militärische Fregatte führen zu lassen! Dieses Missverhältnis können wir uns nicht leisten. Generallleutnant Mais - bis vor kurzem noch Inspekteur des Deutschen Heeres hat es einmal so ausgedrückt: 80.000 Soldatinnen und Soldaten leisten Dienst in der Truppe – die anderen 100.000 stehen auf den Balkonen und schauen zu.“

Ohne Klarheit darüber, **welches Personal wo eingesetzt wird und wo operative Lücken bestehen**, ist ein effizienter Aufwuchs der aktiven Truppe nicht möglich.

Uns fehlt ein wirksames Personalcontrolling.

Ähnlich verhält es sich beim Material – der zweiten Säule der Einsatzbereitschaft. Geld ist derzeit nicht der limitierende Faktor. Aber auch hier fehlt ein wirksames Rüstungscontrolling.

Ein besonders deutliches Beispiel ist das milliardenschwere Megaprojekt **Digitalisierung landbasierter Operationen (D-LBO)**. Dieses Projekt soll die gesamte Führungs- und Informationsarchitektur des Heeres modernisieren – eine Grundvoraussetzung für jede moderne Einsatzführung.

Doch gerade dieses zentrale Projekt zeigt die systemischen Schwächen:

- **Technische Risiken** wurden zu spät erkannt.
- **Terminpläne** erwiesen sich als unrealistisch, ohne dass ausreichend früh gegengesteuert wurde.
- **Komplexitäts- und Schnittstellenprobleme** zwischen Industriepartnern wurden unterschätzt.

Ohne ein durchgängiges, belastbares Controlling fehlte das Frühwarnsystem, das zwingend notwendig gewesen wäre.

Mit einem funktionierenden Rüstungscontrolling hätte der Minister früher gewusst, dass wesentliche Meilensteine gefährdet sind – und hätte deutlich früher handeln können.

D-LBO ist damit sinnbildlich für die strukturellen Herausforderungen:

Wir brauchen nicht nur mehr Geld, sondern bessere Steuerung.

Nicht nur politische Beschlüsse, sondern die Instrumente, sie wirksam umzusetzen.

Unser Fazit:

Der VBB unterstützt den Aufwuchs der Bundeswehr und die politische Zielsetzung der Erhöhung der Einsatzbereitschaft ausdrücklich. Aber ohne die richtigen Steuerungsinstrumente – insbesondere ein wirksames Personal- und Rüstungscontrolling – bleibt jeder Aufwuchs unsicher und schwer planbar.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!